

Werner Schnatterbeck

CDU-Fraktion

Gemeinderat Bruchsal

Rede zum Haushalt 2025 – 17.12.2024

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Petzold-Schick,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Glaser,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
verehrte Kolleginnen und Kollegen zusammen mit dem Jugendgemeinderat,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, insbesondere liebe Auszubildende,

in den letzten Tagen und Wochen haben wir geradezu begierig danach Ausschau gehalten, ob in der Welt, im Bund, im Land oder bei uns, Entwicklungen, Ereignisse oder auch nur Zeichen erkennbar sind, die uns aus der trotz der vorweihnachtlichen Zeit spürbaren leicht depressiven Stimmung herausholen, uns stärken und Zuversicht verleihen.

Sollte uns dabei die Einführung des BR-Kennzeichen und die Diskussion um den Hauptbahnhof Bruchsal helfen können?

Aber im Ernst.

Wie oft waren wir in den letzten Jahren gefordert, bei der Diskussion des Haushaltsentwurfs für das nächste Jahr die globalen, nationalen und regionalen **Rahmenbedingungen** zu beschreiben, um zu verdeutlichen, dass wir uns auf der kommunalen Ebene nicht auf einer Insel befinden, sondern in hohem Maße abhängig sind.

Dies ist natürlich auch heute so.

Leider ist zum dritten Mal zu beklagen, dass, wenn man den Weltmaßstab anlegt, noch immer im Nahbereich ein schrecklicher Krieg tobt, der 7. Oktober 2023 uns alle anhaltend beschwert, die Folgewirkungen der Pandemie bis zum heutigen Tag spürbar sind - und so könnte man weiter alles durchbuchstabieren, ohne allerdings Neuigkeiten zu verbreiten.

Und dennoch gibt es **Besonderheiten**.

Im letzten Jahr berieten wir unseren Haushaltsentwurf am Ende einer fünfjährigen Legislaturperiode/Amtsperiode, heute am Anfang einer solchen, sehen unmittelbar vor uns eine Bundestagswahl und im Juli werden wir, die Bruchsalerinnen und Bruchsaler, darüber zu befinden haben, wer zukünftig als Chefin/Chef der Verwaltung und als Vorsitzende/Vorsitzender des Gemeinderates ganz wesentlich die Entwicklung dieser großen Kreisstadt zusammen mit dem Gemeinderat bestimmen wird.

Und ist nicht auch dies eine Besonderheit - dass nämlich in Baden-Württemberg, aber darüber hinaus bundesweit, in den letzten Jahren die Zukunft der Kommunen noch nie so drastisch negativ beschrieben wurde?

Wenn man sich die Mühe macht, Pressespiegel durchzuschauen, so finden sich dort Alarmsignale verbunden mit Hilferufen, die vor allem eines durchgängig zum Inhalt haben, nämlich, dass das Konnexitätsprinzip in so eklatanter Weise von Bund und Land missachtet wird, dass es den Gemeinden und Kreisen wesentlich an die Substanz geht.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Rede von Landrat Christoph Schnaudigel anlässlich der Einbringung des Kreishaushaltes, die an Deutlichkeit nicht zu überbieten ist.

Die *Kernpunkte* der kritischen Lagebeschreibung in Reden, Berichten und Kommentaren sind:

-Die *Rechtsansprüche* auf Betreuung in Schulen und Kindertagesstätten wurden festgeschrieben, sind aber nicht ausreichend finanziert.

-Der überbordende Anstieg der Eingliederungshilfe.

-Für die *Unterbringung* von Flüchtlingen müssen Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg pro Jahr 1,2 Milliarden € aus der eigenen Tasche bezahlen, vom Bund kommen nur Zuschüsse von 229 Millionen €.

-*Ausgeglichene kommunale Haushalte* mit schwarzen Zahlen sind zwischenzeitlich die Ausnahmen. Die Spitzen der Kommunalen Landesverbände sagen, dass 60 bis 70 % der Städte und Gemeinden bereits 2024 keine ausgeglichen Haushalte vorgelegt haben. Bei den Landkreisen sind es sogar 80 % (BNN 30.10.2024).

-*Bürokratieabbau* ist dringend notwendig: „Gutachteritis, Sicherheitsdenken und das Bestreben, jeden Einzelfall und jede Haftungsfrage regeln zu wollen“, seien Ursache des Wildwuchses, so Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

-Und der Oberbürgermeister von Ditzingen, Vorsitzender des Bürgermeister-Verbandes, betonte kürzlich vor mehreren 100 seiner Kolleginnen und Kollegen in der Lauffener Stadthalle: „Die Schieflage droht zum freien Fall zu werden“(Heilbronner Stimme 07.12.2024).

Dr. Schnaudigel ganz ähnlich: „Das kann auf Dauer nicht gutgehen.“

Die Rhein-Neckar-Zeitung berichtete vor wenigen Tagen, dass der Verwaltungs- und Schuldezernent Ulrich Bäuerlein im Verwaltungs- und Finanzausschuss des Rhein-Neckar-Kreises die Entwicklung des Kreishaushaltes mit einer „gehörigen Portion Sarkasmus“ als „gute Nachricht“ kommentiert habe. Wörtlich: „Es sind nur 6 Millionen € Minus (nach der neuen Steuer-Schätzung des Landes) obendrauf gekommen.“

Von 12 Millionen Minus war man offensichtlich dort ausgegangen.

Und immer melden sich dann ganz schnell gefragt oder ungefragt je nach politischem Standpunkt die „Wissenden und Erklärer“ zu Wort.

Die einen sprechen dann davon, dass wir kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabenproblem haben. Die anderen, dass wir kein Ausgaben- sondern ein Einnahme-Problem haben. Und unser Ministerpräsident spricht von einem Einnahme- *und* Ausgaben-Problem und sieht damit „harte, schwere Zeiten auf uns zukommen.“

Auf jeden Fall erleben die Begriffe „Prioritäten“ und „Standards“ einen ungeheuren Bedeutungsgewinn.-

Doch bei uns scheint alles anders zu sein, wenn wir uns die Rede unserer Oberbürgermeisterin zur Haushalts-Einbringung ins Gedächtnis rufen, die davon gesprochen hat, dass sich im Land die Verhältnisse verdunkeln, während sich Bruchsal positiv abhebt. Entsprechend dann auch die Berichterstattung vom 23. Oktober 2024.

Zugegeben, damals waren die neuen Orientierungsdaten des Landes noch nicht bekannt.

Aber eines war bereits abzusehen, dass wir uns von dem auf den ersten Blick positiven Ergebnishaushalt nicht täuschen lassen dürfen, sondern sehr genau den *mittleren* Finanzierungs-Zeitraum betrachten müssen.

Mit der geschilderten und belegten Situation sowie den aktualisierten Zahlen mutet es wie ein hilfloser und verzweifelter Befreiungsschlag an, wenn man die Anträge sichtet und bewertet, die heute von den im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und Gruppen, auch von uns, in bester Absicht eingebracht werden.

Uns ist doch spätestens jetzt allen bewusst, dass doch vor allem strukturelle Änderungen not-wendig sind.

Dazu zähle ich neben der wirklichen Beachtung des Konnexitätsprinzips auch die Systematik des Finanzausgleichs, der zugegeben zum Ziel hat, vergleichbare Lebensverhältnisse in Deutschland zu sichern, aber auch über die Ebenen von Bund, Land, Kommunen im Grunde die Erfolgreichen über Gebühr zur Kasse bittet und die weniger Erfolgreichen in einem gewissen Maße abfedert.

Gerade eine Stadt wie Bruchsal mit einem Gewerbesteuerertrag im Jahr 2024 von voraussichtlich 60 Millionen € ist davon in hohem Maße betroffen, wenn letztlich unter dem Strich deutlich weniger als 50 % bei ihr verbleiben.

Das wollte ich gesagt haben, bevor ich mich nun konkret unserem Haushalt für 2025 zuwende.-

Noch immer sind wir eine wachsende Gemeinde, was auch der Mikro-Zensus erbracht hat. Das hat u.a. seine Ursachen in einer **Infrastruktur, die den Menschen mit ihren Ansprüchen offensichtlich entgegenkommt.**

Dazu zählen in erster Linie Arbeitsplätze, Schulen, Kindertagesstätten, Sportstätten, ein intaktes Vereinsleben, ein funktionierendes Verkehrswesen, attraktive Angebote des öffentlichen Nah- und Fernverkehr, ein attraktiver Handel mit breitem Sortiment, Aufenthaltsqualität in der Innenstadt und in den Stadtteilen, gefühlte und tatsächliche Sicherheit, gerechte und als angemessen empfundene kommunale Steuern und noch einiges mehr.

Da kommt dann für eine Stadt mit 47.500 Einwohnerinnen und Einwohnern schnell eine Haushaltssumme zusammen, die knapp 180 Millionen beträgt, ohne dass der Haushalt Positionen enthält, die auf den ersten Blick Luxus versprechen und damit verzichtbar wären.

Die genannte Infrastruktur fordert ihren finanziellen Tribut, der sich in Bauinvestitionen von 25 Millionen € sowie in einer Personalausstattung mit Kosten von fast 45 Millionen € zeigt.

Natürlich ist zu beklagen, dass beim Personal wiederum dreieinhalb Millionen Euro Steigerung zu verzeichnen ist. Wenn man allerdings bedenkt, dass dies zu

einem erheblichen Anteil den Tarifiergebnissen geschuldet ist sowie der eingangs beschriebenen Tatsache, dass immer mehr Aufgaben von oben nach unten durchgereicht werden und damit zusätzliches Personal eine logische Folge ist, dann taugt diese Einsicht nicht zur vollmundigen Kritik, sondern fordert einen realistischen Blick, Einschätzungen mit Augenmaß und kluge Strategien bei der Organisation und der Optimierung von Prozessen, z. B. kontinuierliche Fortführung der Digitalisierung und Desk Sharing.

Bedauerlich ist natürlich, dass durch *Transferaufwendungen und Personalkosten* über drei Viertel des Aufwandes gebunden ist und gleichzeitig bei den *Erträgen und Steuern* 85 % konjunkturabhängig sind - damit einerseits der Spielraum für Neues außerordentlich eng ist und zum anderen ein großes Risiko besteht. Denn letztlich sind die heutigen Zahlen Annahmen, deren Realitätswert sich erst nach Ablauf des nächsten Jahres erweisen wird.

Nachvollziehbar ist, dass unsere Haushälter den Ansatz für die Gewerbesteuer aus Durchschnitten gewinnen, denen mittel- und langfristige Daten zugrunde liegen.

Unwägbarkeiten bleiben als Risiko, ein geringer Spielraum als Tatsache!

Glücklich schätzen dürfen wir uns wegen der **Substanz unserer Stadt**, die bei aller berechtigten Kritik und Verbesserungsnotwendigkeit eine wertzuschätzende Grundlage für ein gutes Leben bietet.

Diese Substanz erweist sich allerdings nicht nur im Hoch- und Tiefbau, in Dienstleistungen, Industrie und Handel etc., sondern auch in der Art, wie wir uns begegnen.

In einer vorhergehenden Haushaltsrede habe ich davon gesprochen, dass sich im Gemeinderat als Hauptorgan der Stadt im Umgang miteinander ein Stück weit vorbildhaft erweisen sollte, was wir uns insgesamt als Atmosphäre in einer demokratischen Gesellschaft wünschen.

In diesem Zusammenhang Kompliment, Liam, für das Interview. Respekt!

Diese Substanz erweist sich eben auch in spontaner Hilfe - großartige Beispiele haben uns berührt nach dem Starkregen und beim Hochwasser -, erweist sich im Ehrenamt als Übungsleiter bei Sportvereinen, bei der sogenannten Blaulichtfamilie, in der Nachbarschaftshilfe und in den kleinen, manchmal unscheinbaren täglichen Gesten der Zuwendung.

Im Folgenden werde ich mich einigen wenigen herausragenden Maßnahmen zuwenden und anschließend auf unsere Anträge eingehen.

Eine **beherrschendes Thema** in diesem Jahr war zweifellos die Absicht des Landes, auf dem Areal der alten Landesfeuerweherschule eine Erstaufnahmeeinrichtung zu errichten. Ich kann/wir können alle verstehen, die diesen Standort als vom Land als äußerst unglücklich gewählt ansehen. Allerdings können wir auch die Augen davor nicht verschließen, dass es sich um ein Gelände des Landes handelt und wir als Stadt – Bürgerschaft, Verwaltung, Gemeinderat – keine Möglichkeit haben, dieses Ansinnen zu verhindern.

Angesichts dieser bedauerlichen Tatsache haben wir die Verwaltung dabei unterstützt, Konditionen auszuhandeln, die die Belastungen minimieren und den Rückerwerb für künftigen Wohnungsbau, auch für den Bau von Sozialwohnungen, zu ermöglichen.

Die Tür zuzuschlagen und nicht zu verhandeln, wäre unverantwortlich gewesen und dies hätte man uns dann zu Recht auch zum Vorwurf machen können. Auf die Problematik der Notwendigkeit, solche Flüchtlingsunterkünfte einzurichten, kann hier nicht eingegangen werden.

Dass die Kommunen aber an Grenzen ihrer Belastbarkeit kommen, habe ich kürzlich bereits erwähnt und ich gehe davon aus, dass dies wahrgenommen wird, wenn man davor nicht die Augen verschließen will.-

Wenn wir vergleichen, mit welchen Konditionen an anderen Stellen solche Erstaufnahmestellen errichtet wurden, dann gilt es in erster Linie den Verhandlungsführern der Stadt, in diesem Fall mit Bürgermeister Andreas Glaser an der Spitze, der Oberbürgermeisterin, dem Rechts-, Liegenschafts- und Planungsamt Anerkennung zu zollen und Dank zu sagen.

Unser Fraktionsvorsitzender hat bei den entsprechenden Beratungen im Gemeinderat stets klare Worte zu diesem Thema in diesem Sinn gesprochen.

Ich wiederhole: Die Tür zuzuschlagen und auf Totalverweigerung zu setzen, wäre der falsche Weg gewesen, damit hätte uns zu Recht vorgeworfen werden können, unserer Verantwortung nicht gerecht worden zu sein und ich bin sicher, dass wir weit hinter dem zurückgeblieben wären, was erreicht wurde.

Jetzt muss genau hingesehen werden, damit eingelöst wird, was zugesagt wurde und es muss auch eine wache Begleitung stattfinden, damit zusätzliche Bedarfe rechtzeitig erkannt, artikuliert und eingefordert werden. Im Weiteren wird sich dann auch zeigen, was ich erwähnte, wie es um die innere Kraft, um die Substanz unseres Gemeinwesens bestellt ist.

Äußerst positive Beispiele für Hilfsbereitschaft, auch das habe ich bereits kurz angesprochen, waren im Anschluss an den **13. August** festzustellen. Feuerwehr, sowie die gesamte sogenannte „Blaulicht-Familie“, Landwirtschaft, Nachbarschaft, die Geräte und scheinbar unerschöpfliche Arbeitskraft zur Verfügung stellten, sind hier mit großer Dankbarkeit zu nennen. Nicht zu vergessen der Krisenstab unter der Leitung der Verwaltung, der um zeitnahe Weitergabe der zur Verfügung stehenden Informationen und Lageberichte besorgt war.

Im Bereich **Bildung**, wer möge seine Relevanz bestreiten, zeigt der aktuelle Schulbericht, was von Land und Stadt gemeinsam geleistet wird. Es widerspricht zwar der üblichen Haltung, permanent auf Versäumnisse hinzuweisen, was aber bei genauem Hinsehen den Tatsachen nicht gerecht wird.

Wir steigen kraftvoll in eine 30 Millionen € teure Sanierung, Erweiterung und Ertüchtigung der Albert-Schweitzer-Realschule ein, schaffen Voraussetzungen in Untergrombach für die weitere Attraktivität des Standortes der dortigen Joß-Fritz-Realschule durch ein Ganztagsangebot, investieren am Schönborn-Gymnasium in Schulhof und Dachsanierung, setzen am Justus-Knecht-Gymnasium unsere Anstrengungen fort und geben viele 100.000 € nach Brandschutz nun für Lärmschutzmaßnahmen und bessere Klimatisierung aus, wobei wir zugestehen, dass eine Schule an zwei Standorten alles andere als ideal ist.

In Büchenau werden Sekretariat und Rektorat in einen zeitgemäßen Zustand versetzt, die Digitalisierung der Schulen schreitet voran, die Einigung beim Digitalpakt 2.0 stimmt uns optimistisch, das 9. Bildungsforum, dieses Mal zum Thema KI, fand gerade statt und die beiden Leiterinnen des städtischen Schulamtes, Frau Meis und Frau Rolli, beweisen, dass auch eine Leitungsfunktion effektiv in Job-sharing wahrgenommen werden kann.

Natürlich gibt es immer Luft nach oben und natürlich gibt es auch Länder und Schulträger, die alles besser machen, aber oftmals werden Verhältnisse verglichen, die einfach nicht vergleichbar sind.

Wer in Bruchsal lernen will, den hindern keine schlechten Bedingungen daran!

Für die „Kompassarbeiten“ sind wir nicht verantwortlich, wobei mir ein Rätsel ist, warum man so wenig Zeit für so viele Aufgaben zur Verfügung stellte. Für diese Erkenntnis muss man allerdings kein Erziehungswissenschaftler sein.

Aber noch mal zurück zur Realschul-Sanierung:

In Schriesheim hat der Gemeinderat beschlossen, auf jene benachbarten Gemeinden mit der Bitte um Mitfinanzierung zuzugehen, die Schülerinnen und Schüler auf das Kurpfalz-Gymnasium schicken. Beispielsweise soll sich Dossenheim mit 1,3 Millionen € beteiligen. Zugrunde liegt ein Urteil des **Verwaltungsgerichtshofs in Mannheim** vom Dezember 2022, der eine Beteiligung bei Neubauten und Gesamtanierungen für möglich hält, wenn mindestens 30 % der Schülerinnen und Schüler aus Umlandgemeinden kommen, was bei der Albert-Schweitzer-Realschule mit Sicherheit der Fall sein dürfte. Wegen der Attraktivitätssteigerung des Schulstandortes als Wohnort werden von vornherein 5 % bei der Berechnung in Abzug gebracht. Ich halte das für prüfenswert (!) und finde es nur fair, dass bei einer solch umfangreichen Maßnahme Gemeinden beteiligt werden, die ausschließlich den Nutzen, aber keine Kosten haben. In Schriesheim hat der Gemeinderat die Verwaltung beauftragt, entsprechende Verhandlungen zu führen (RNZ).

Beim ‚**Denkort Fundamente**‘ beraten wir dieses anspruchsvolle Thema nun seit 5/6 Jahren. Dies ist der Komplexität, der Geschichte des Ortes und den verschiedenen Partnern, Akteuren mit den jeweiligen Erwartungen geschuldet. Ich denke in der Tat, die Diskussion hat sich in dieser Zeit qualitativ weiter entwickelt. Jetzt gilt es aber, einen Schritt nach vorne zu machen, weil die bisherigen Nutzer MALTESER in einem überschaubaren Zeitraum das Gebäude verlassen werden. Für deren segensreiche Arbeit unterstützen wir gerne die im Haushaltsplanentwurf vorgesehene Förderung jenes Teils des Neubaus, der dem Ehrenamt dient.-

Nachdem wir im letzten Jahr noch von der Erweiterung der Handelslehranstalt, der Verlagerung in der Stadtbibliothek und von einem zusätzlichen Querriegel ausgingen, hat uns die finanzielle Realität eingeholt. Jetzt haben wir uns auf den Kern reduziert, sehen das Ganze modular und warten darauf, dass die

beauftragten Statiker eindeutig erklären, ob dieses bisherige Feuerwehrhaus, sich für eine andere Nutzung baulich, statisch eignet.

Der Laie hat da allerdings keine Zweifel, denn wenn ein Gebäude jahrelang Domizil der Feuerwehr war, warum sollte es sich dann nicht für einen Versammlungsort eignen.

Es ist aber der fachliche Befund vonnöten, damit endgültig die Entscheidung getroffen werden kann, ob das bisherige Gebäude Bestand hat oder durch ein neues ersetzt wird.

Einig sind wir uns, dass die Begegnungen, die Belebung, die Akzeptanz durch Bruchsalerinnen und Bruchsaler, die Zukunftsgerichtetheit, die historische Verantwortung entscheidende Maßstäbe für die Weiterentwicklung sein müssen.

Wenn immer wieder gemahnt wird, dass dort nicht alles möglich sein kann und soll, so ist doch der Hinweis hilfreich, dass die Deutschjüdische Kultur des 19. und 20. Jahrhunderts ihren Niederschlag fand in Literatur, Bildender Kunst, im Theater, in der Musik, was sich in einem Veranstaltungsprogramm neben anderem unschwer zeigen könnte.

Zwischenzeitlich steht fest, dass das Haus der Geschichte Baden-Württembergs interessiert *an* und bereit ist *zur* Zusammenarbeit in der Konzeptionsphase und beim späteren Betrieb. Dass auch der Name Ludwig Marum eine Strahl- und Integrationskraft entwickeln könnte, die in die Region und darüber hinaus wirkt, sollte bedacht und berücksichtigt werden.

Aus meiner Sicht ist ausdrücklich zu würdigen, welche Überlegungen in ein Konzeptpapier eingeflossen sind, das zum Ende des dritten Quartals 2024 von der Verwaltung vorgelegt wurde. Ich bedaure sehr die (schroffe) Zurückweisung.

Leichter machen würde den künftigen Weg, wenn finanzielle Hilfe nicht nur von der öffentlichen Hand käme.

Zwischenzeitlich wurde ein Sanierungsantrag beim Land gestellt, der nicht nur die doch relativ breit getragene Zielsetzung zum Inhalt hat, sondern auch auf Verbesserungen im unmittelbaren Umfeld abzielt, was auch schon sehr früh aus einer Gesamtsicht heraus gefordert wurde. 200.000 € sind für 2025 in den Haushalt eingestellt.-

Auf folgende Punkte möchte ich noch ausdrücklich hinweisen.

Auch wir sehen die Neuregelung der **Grundsteuer** in Baden-Württemberg als ein Problem, und sind uns nicht so sicher, dass sie in letzter Rechtsinstanz Bestand haben wird. Auf jeden Fall haben wir versucht, unseren Teil zu einem gerechten Verfahren beizutragen, in dem wir nicht im Vorfeld durch eine Erhöhung des Hebesatzes einen kräftigen „Schluck aus der Pulle“ genommen haben wie andernorts, sondern aus guten Gründen abwarteten, welche Parameter uns zur Verfügung stehen, um dem Anspruch der Aufkommensneutralität entsprechen zu können. Mit der Festlegung auf 215 Punkte haben wir objektiv dem entsprochen, was sich im Ansatz des Haushaltsplanentwurfes für 2025 mit 7,6 Millionen € niederschlägt. Subjektive Härten können wir dadurch aber leider nicht ausschließen.

Eine Kompensation bei Betrieben über die Gewerbesteuer halten wir im Moment für nicht zielführend, wollen aber die Entwicklung im Auge behalten.

Die **kommunale Energiewende** ist angesichts der auf der Hand liegenden klimatischen Veränderungen eine Notwendigkeit. Die Oberbürgermeisterin sieht uns gar auf der „Überholspur“.

Ziel für uns muss sein, was im Bund in den letzten 2, 3 Jahren nur schlecht gelang, Rücksicht auf die damit verbundenen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger zu nehmen.

Herr Günther Kunz aus Kraichtal hätte sich allerdings seinen Leserbrief, der kürzlich in den BNN mit dem Hinweis abgedruckt war, alle, die nicht fundamental Opposition gegen Windkraftträder leisteten mit ihrer Abwahl abzustrafen, gerne sparen können. Wer die Diskussionen im Gemeinderat und in den Ortschaftsräten vollständig zur Kenntnis nahm, konnte unschwer erkennen, wie um eine verträgliche Lösung gerungen wurde.

Nicht zuletzt wurde in diesem Ringen und im Ergebnis deutlich, dass demokratische Prozesse ohne Kompromiss nicht auskommen können. Wer das glaubt, hat wohl etwas missverstanden und befördert zum Beispiel Vorstellungen von einer Expertokratie, die bei uns überwunden geglaubte Muster des Autokratischen enthält.

Das **Hochwasser-Schutz** keine Pflichtaufgabe, sondern eine Freiwilligkeitsleistung ist, kann man sich nach den Ereignissen im August fast nicht vorstellen. Aber wir haben uns auch vor dieser Katastrophe bereits ausführlich diesem Thema gewidmet und mit dem Frühwarnsystem mit

Sicherheit etwas installiert, was noch größeren Schaden verhindern half. Beim Bau des Regenrückhaltebeckens zwischen Heidesheim und Gondelsheim wäre es spätestens jetzt an der Zeit, die restlichen Hindernisse aus dem Weg zu räumen, um der Herstellung näherzukommen. Hier zeigt sich doch in eklatanter Weise, dass Verfahren - auch zu Gunsten des Gemeinwohls – einfach zu lange dauern.

Wenn auch ein Starkregen nach Meinung der Fachleute nicht zu beherrschen ist, kann doch der Gefahr des Hochwassers begegnet werden. 15 Millionen € haben wir mittelfristig vorgesehen, um weitere Hochwasserschutzmaßnahmen realisieren zu können.

Wir dürfen in diesem Zusammenhang die Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger nicht unterschätzen, da diese durch die Erlebnisse zurecht sensibilisiert sind und auch entsprechende Maßnahmen als Daseinsfürsorge begreifen, für die die Stadt zuständig ist. Mir hat selbst ein Bürger mehrmals vorgetragen, wie er, mit seinem Haus am Ende des Schattengrabens gelegen, hilflos und verzweifelt den Ereignissen ausgesetzt war und er sich sicher ist, dies in immer kürzeren Abständen erleben zu müssen.

Wir wissen, dass wir mit unserem Bauamt über fachkundige und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen, die sich verstärkt dieser Herausforderung annehmen werden. Nicht zuletzt deshalb werden wir die Stellenanforderung um zwei Ingenieure und einen Techniker nicht infrage stellen.

Unsere **Töchter** sind uns lieb und teuer. Stadtwerke und BruWo statten wir durch Kapitalerhöhungen besser aus, um sie für ihre Aufgabenerfüllung im *Elementaren* zu stärken.

Einerseits muss die Rolle als Versorger der Stadt abgesichert werden, andererseits ist die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen u.a. der Schlüssel zur Veränderung der sozialen Situation bei jenen Flüchtlingen, die in Deutschland bleiben werden und arbeiten wollen.

Beim Efeu-Campus hoffen wir auf eine spürbare Konsolidierung.

Die BTMV steht vor großen Sanierungsaufgaben, was bei Baulichkeiten, die seit nahezu 40 Jahren in Betrieb sind, nicht verwundert. Wir wünschen dem Geschäftsführer angesichts der Herausforderungen einen langen Atem sowie eine glückliche Hand, um dann doch den einen und anderen Euro zu erwirtschaften, der zur Verringerung des Defizits beiträgt. Mit den After-Work-

Partys hat er solches bereits bewiesen und vielleicht sind es dann doch die kleineren Akzente, die Erfolg versprechend sind.

Ein vergleichsweise bescheidener Betrag ist für ein **neues Feuerwehrhaus in Büchenau** mit 50.000 € vorgesehen. Es wird nicht heute und vielleicht nicht morgen kommen. Aber der Ansatz hat keine Alibifunktion, sondern ist ein ernstgemeinter und hoffentlich wirksamer Schritt in Richtung Verlagerung. Kürzlich hat uns Herr Gohl verdeutlicht, dass sie die Voraussetzung für die Ortskernsanierung ist, um einen Platz, einen Ortsmittelpunkt und ein Gemeinschaftshaus in der dann alten Feuerwehr zu erhalten.

Unsere **Anträge**.

Sie sind übersichtlich und im Kontext des bisher Gesagten zu verstehen.

Teilhaushalt 2 Verkehrswesen:

Wir stimmen der zusätzlichen Beschaffung eines Enforcement Trailers nicht zu, was ja eigentlich nicht überraschen kann, da wir bereits im letzten Jahr widersprachen. Die Steuerungswirkung dieses Gerätes halten wir für nur eingeschränkt wirkungsvoll. Dagegen können wir stationären Überwachungsanlagen an einer oder zwei zusätzlichen Stellen mehr abgewinnen, weil wir sie für effektiver halten bei der Durchsetzung von Geschwindigkeitsbeschränkungen zum Beispiel mitten in Wohngebieten.

Teilhaushalt 8:

Einer erneuten Aufstellung des Schirms auf dem Marktplatz stimmen wir aus Kostengründen nicht zu. Wenn von anderer Seite diese Sommerlounge finanziell unterstützt wird, ist das natürlich für uns kein Problem. Aber angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen, scheint uns diese Maßnahme nicht vordringlich.

Personal.

Wir möchten die Integrationshilfe mit 0,77 Stellen nicht unterstützen, da diese Dolmetschertätigkeit, um die es ja geht, bei anderen Einrichtungen mit flexiblen Mitteln und durchaus wirkungsvoll wahrgenommen wird. Wir möchten dafür keine neue Personalstelle schaffen, ebenso nicht bei der Projektstelle nach dem Asyl-Bewerber-Leistungsgesetz, die mit 0,8 veranschlagt ist.

In der letzten Sitzung des Gemeinderates sagte ich hierzu:

„Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass in den Bereichen Grünpflege im öffentlichen Raum, Hilfe bei Ein- und Umzügen in die Unterkünfte, Beseitigung von Sperrmüll etc. Arbeiten ausgeführt werden sollen. Auch wegen der sinnstiftenden und tagesstrukturierenden Funktion.

Dass eine Anleitung und Überprüfung stattfinden muss, ist auch selbstredend. Es darf aber keine neue personelle Struktur eingezogen werden.

„Learning bei Doing“ und „Arbeiten erledigen durch Beobachten und Nachmachen“ ist auch bei dieser Zielgruppe prinzipiell erfolgversprechend.“ Die Praktiker in unserer Fraktion, Chefs mittelgroßer Handwerksbetriebe, die händeringend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter suchen, sehen den dargestellten Ansatz als nicht zielführend und nicht realitätsnah, sondern geradezu als kontraproduktiv für das Anliegen.

Ebenso können wir der halben Stelle „technischer Zeichner“ im Amt für Umwelt nicht zustimmen.

Bleibt bei unseren Anträgen die ganze Stelle für die Bibliothek, die wir momentan nicht mittragen können, was uns aber besonders schmerzt. Diese Personalanforderung konkurriert mit solchen für die Geschäftsstelle beim Hauptamt, mit der kommunalen Schulkindbetreuung, der Stadtkämmerei, den Ingenieurforderungen beim Stadtbauamt, mit dem Gemeinde-Vollzugsdienst, wo zusätzliche Stellen dafür sorgen sollen, dass das, was rechtens ist, auch durchgesetzt werden kann.

Im Übrigen wird an dieser Stelle besonders deutlich, was es heißt, priorisieren zu müssen.

Am 4. Dezember wurde im Südwestecho der BNN über den Baden-Württemberg-Check berichtet - von den Tageszeitungen Baden-Württembergs mit dem Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführt. Es wurde auf der einen Seite bestätigt, dass für die Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahren ‚weiche‘ Standortfaktoren wichtig sind, um das Gemeinschaftserlebnis und die Lebensqualität positiv zu beeinflussen. Andererseits wurde aber auch deutlich, dass wenn es konkret um das Sparen geht, also wo eher gespart bzw. eher mehr Geld ausgegeben werden soll, an der Spitze der Forderungen nach mehr Mitteln Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser, die Ausstattung von Schulen, der Polizei, von Straßen oder Bahnstrecken stehen. Zugegeben wird

von 68 % auch mehr Geld für öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder und Büchereien verlangt. Das korreliert damit, was bereits der US-amerikanische Psychologe Abraham Maslow (1908–1970) dargelegt und in der ‚Bedürfnispyramide‘ auf den Punkt gebracht hat. Dass nämlich zuerst die Grundbedürfnisse nach Wohnen, Versorgung und Sicherheit erfüllt sein müssen, um sich dann anderen Bedürfnissen zuwenden zu wollen.

Wir müssen im Einzelfall leider auch harte Entscheidungen treffen, um das Große und Ganze der Freiwilligkeitsleistungen nicht ins Wanken zu bringen. Es ist doch eine große Leistung, dass wir Theater, Jugendmusik- und Kunstschule, Bibliotheken, Schwimmbäder als Freiwilligkeitsleistungen vorhalten können, trotz all der am Anfang genannten Gefährdungen.

Wir wollen keinen Schuldenstand, der auf das Vierfache innerhalb von vier Jahren anwächst.

Ich komme nochmals auf den Landkreis zurück, für den wir jetzt allein seit der Haushaltseinbringung zwei Punkte Kreisumlage mehr, das sind nahezu 2 Millionen € zusätzlich, eingeplant haben. Im Vergleich zum letzten Jahr sind es 4,5 Punkte mehr.

Um es aber einordnen zu können, sollten wir den *Landkreistag* zur Kenntnis nehmen, der darauf abhebt, dass die Kreisumlage um sechs Punkte landesweit angehoben werden müsste, um einer erheblichen Verschuldung zu entgehen.

Die Finanzplanung des Landratsamtes Karlsruhe sieht im Jahr 2026 eine nochmalige deutliche Anhebung vor (nämlich nochmals weitere 6,5 Punkte).

Verehrte Anwesende,

Vertrauen in unsere eigene Leistungsfähigkeit ist wohl unser höchstes Kapital. Das ist die Grundvoraussetzung, um nicht zu resignieren, sondern mit Fleiß, wachem Geist, guter Urteilskraft und Zuversicht die Herausforderungen wahrzunehmen und anzugehen.

In welcher Komfortzone leben wir, wenn wir uns mit der Ukraine, mit Syrien und vielen anderen Ländern und Regionen dieser Welt vergleichen? Gerade ein solcher Vergleich kann uns helfen, Resignation und Fatalismus, die völlig unberechtigt wären, zu überwinden und uns auf unsere Stärken zu besinnen.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Petzold-Schick, sehr geehrter Herr Bürgermeister Glaser, verehrte Fachbereichsleiterinnen und -leiter, Amtsleiterinnen/Amtsleiter, Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Verwaltung!

Wir sehen und schätzen Ihre Arbeit, auch wenn wir nicht immer Ihren Erwartungen mit Blick auf das Ganze entsprechen können. Sie dürfen sich der Anerkennung Ihrer Leistungen, unseres Respekts und unseres Dankes sicher sein.

Im vierten Quartal gebührt natürlich besonderer Dank Herrn Steffen Golka sowie Herrn Jenne und dem ganzen Team der Finanzverwaltung.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt 2025 zu! Und weil es einfach aus meiner Sicht richtig ist wiederhole ich:

„Wir hoffen in der Umsetzung dessen, das Beste für die Bürgerinnen und Bürger, Einwohnerinnen und Einwohner, für die Firmen, Betriebe, Einrichtungen, Organisationen, Vereine unserer Stadt zu tun.“

Wir stimmen auch der Haushaltssatzung der Vereinigten Stiftungen zu.

Auch in diesem Jahr kam ich ohne Zitat eines Philosophen aus. Möglicherweise sind Sie mir dafür dankbar.

Das bin ich auf jeden Fall für Ihre Aufmerksamkeit.